

[Startseite](#) / [Magazin](#) / [Farmer zwischen Chaos und Finanzkrise](#)

Anzeige



eilbote
Modelle - Fanartikel
Bekleidung - Spielzeug

OS UND FINANZKRISE

Landmaschinenhersteller geraten zwischen die Mühlsteine der Politik und wären von Trumps Zollplänen in doppelter Hinsicht betroffen



Foto mit Symbolcharakter: von einem Tornado zerstörtes Getreidesilo. © M. Kunz

Die absurden Zollpläne der Trump-Regierung würden viele US Firmen vor erhebliche Probleme stellen. Das Inkrafttreten ist zur Zeit zwar noch um knapp drei Monate ausgesetzt, das Damokleschwert schwabt aber weiter. Landmaschinenhersteller wären jedoch in doppelter Hinsicht betroffen. Zum einen sind die Landwirte extrem verunsichert und fürchten finanzielle Einbußen. Zum anderen erklärte Donald Trump schon im Wahlkampf, es müsse wieder mehr in den USA produziert werden, jede Verlagerung der Fertigung ins Ausland werde er bestrafen. Die Online-Publikation „Farm Progress“ zitierte Trump aus einer Rede im September 2024 in Pennsylvania mit dem sehr spezifischen Hinweis: „Ich teile John Deere mit: Wenn Sie das tun, belegen wir alles, was Sie in den USA verkaufen wollen, mit 200 Prozent Zoll.“

Wie vieles werden auch Landmaschinen in den USA montiert und fertiggestellt, aber Rohstoffe wie Stahl und Aluminium müssen oft importiert werden, fertige Komponenten werden preisgünstig aus dem Ausland zugekauft. Komplette Lieferketten in den USA aufzubauen, würde Jahre dauern. Bis es soweit ist, werden Firmen die von Trump festgelegten Importzölle zahlen müssen, was ihre Produkte entsprechend verteuert. Der US Maschinenbauverband Association of Equipment Manufacturers schätzt, dass Zölle auf Stahl und Aluminium schon während Trumps erster Amtszeit zu Kostensteigerungen von 78 Prozent geführt haben.

Die Aussage „Made in America“ wurde schon unter der Biden-Regierung ernster genommen als in der Vergangenheit. Wer ein Produkt als „hergestellt in den USA“ ausweist, signalisiert damit, dass alle oder fast alle wichtigen Komponenten aus den USA stammen. Im Januar 2024 wurde Kubota North America Corp. mit einer Strafe von zwei Millionen Dollar belegt, weil angeblich Ersatzteile für Traktoren und andere Landmaschinen falsch gekennzeichnet waren.

Anzeige



KRIMI WEG ZURÜCK

WIRTSCHAFT IN VIERTELMILLIONEN DEAKES,

Chefredakteurin des Wirtschaftsmagazins Economist, die Sache auf den Punkt: Die Zielsetzung der US Regierung sei unklar, niemand wisse, ob Zölle kurzfristig als Druckmittel in Verhandlungen dienen sollen oder ob über eine dauerhafte „Zollmauer“ Firmen zur Produktion in den USA gezwungen werden sollen. Was bleibe, sei die Unsicherheit. Ein Zurück zu den Konditionen des Welthandels vor dem „Liberation Day“ („Befreiungstag“) sei deshalb nicht möglich, selbst wenn Trump plötzlich alle Zölle zurücknähme.

Schon die Ankündigung der Zölle hatte erhebliche Auswirkungen auch auf den US Landmaschinenmarkt. Im Februar sei der Verkauf von Traktoren um 17 Prozent gefallen, der von Mähdreschern um 48 Prozent, berichtete die US Online-Publikation „Farm Futures“. Bei Agco sei der Netoumsatz im letzten Jahr um 19 Prozent gefallen, bei CNH seien die Einnahmen um 28 Prozent zurückgegangen, und bei John Deere lägen sie für das erste Quartal dieses Jahres um 30 Prozent unter denen des Vorjahrs.

Nach Angaben von Sandhills Global, einer Datenanalyse-Firma, blieb der Markt für gebrauchte Maschinen dagegen insgesamt relativ stabil.

ZUKUNFTSSORGE 1: ZÖLLE

Die Unsicherheit in Bezug auf Zölle trifft Landwirte besonders hart. Ein Drittel aller US Agrarprodukte gehen in den Export, bei Sojabohnen sind es sogar 60 Prozent. Einer der wichtigsten Abnehmer ist China, das Land, das einen Handelskrieg mit den USA nicht zu scheuen

konnten in den letzten vier Jahren ihren Marktanteil nur teilweise zurückerobern und beabsichtigen deshalb in diesem Jahr fünf Prozent weniger Sojabohnen und entsprechend mehr Mais anzubauen.

Während Trumps erster Amtszeit wurden Soja- und Maisfarmer für die Exportverluste mit einem 28-Milliarden-Dollar-Subventionspaket entschädigt. Landwirtschaftsministerin Brooke Rollins hat versprochen, auch diesmal für Entschädigungen zu kämpfen, aber ob die Regierung zahlt, werde man frühestens im Herbst wissen.

ZUKUNFTSSORGE 2: DER ABSATZ BRICHT WEG

Das Entwicklungshilfeministerium USAID war das erste Opfer des radikalen Angriffs von Elon Musk und Doge, der „Abteilung für Regierungseffizienz“. Das Ministerium wird derzeit „abgewickelt“, alle Zahlungen wurden gestoppt – und das hat weitreichende Konsequenzen für US Landwirte, die jetzt neue Märkte finden müssen: bislang kaufte USAID jährlich Produkte wie Weizen, Sorghum, Mais und Reis im Wert von zwei Milliarden Dollar ein. In Sachen Umwelt und Ernährung haben sich die Zielsetzungen ebenfalls völlig verändert. Im Sommer 2022 trat der von Präsident Biden initiierte Inflation Reduction Act (IRA) in Kraft, ein milliardenschweres Programm, mit dem nach dem Ende der Pandemie die Wirtschaft angekurbelt werden sollte. Gefördert wurden Investitionen in Solar- und Windenergie, Umweltschutzmaßnahmen und „klimafreundliche“ Landwirtschaft mit der Zielsetzung, lokale Nahrungsmittelsysteme zu stärken und kleine

bekamen Zuschüsse in Höhe von einer Milliarde Dollar, um frische Produkte von lokalen landwirtschaftlichen Betrieben zu kaufen. Die Trump-Regierung hat sämtliche Mittel gestrichen, Lieferverträge sind hinfällig, Gemüse- und Obstbauern wissen nicht wohin mit ihren Produkten.

ZUKUNFTSSORGE 3: DIE REGIERUNG HÄLT GÜLTIGE VERTRÄGE NICHT

Ebenfalls über IRA bekamen Landwirte Fördermittel für die Installation von Solaranlagen und Windturbinen, für Agroforstanlagen, für Zäune und Wassertröge für besseres Weidemanagement, die Umstellung auf pfluglose Landwirtschaft, die Reduzierung von Nitrateinträgen in Gewässer und vieles mehr. Die Trump-Regierung hat inzwischen die Auszahlung aller Mittel gestoppt, Landwirte bleiben nicht nur auf den Kosten sitzen, viele können die Rechnungen für geleistete Arbeiten nicht zahlen, was wiederum die Vertragsfirmen in finanzielle Schwierigkeiten bringt. Insgesamt geht es um etwa 20 Milliarden Dollar.

USAID hat inzwischen mitgeteilt, dass Landwirte 30 Tage Zeit haben, um bereits bewilligte Anträge auf Fördermittel nachträglich so umzuformulieren, dass sie den Zielsetzungen der Trump-Regierung entsprechen. Priorität habe jetzt die Förderung fossiler Brennstoffe – aber selbst mit viel Fantasie lässt sich ein Antrag für Solarpanels wohl kaum entsprechend umschreiben.

(ZWECK-) OPTIMISMUS BEI DEN HERSTELLERN

Angesichts der Probleme, mit denen sich die

Kurzfristausrichtung der Landwirten seien die Aussichten kurzfristig betrachtet düster, sagte Curt Blades, stellvertretender Vizepräsident der „Association of Manufacturers“ gegenüber „Farm Futures“. Langfristig sei man weiterhin optimistisch. „Die Widerstandsfähigkeit und Flexibilität unserer Industrie ist immer wieder unter Beweis gestellt worden. Wir sind zuversichtlich, dass Landmaschinenhersteller die Herausforderungen durch Innovation und Zusammenarbeit meistern. Sie werden gestärkt hervorgehen und weiterhin die lebenswichtige Arbeit von Landwirten weltweit unterstützen.“ Laut „Farm Futures“ unterstützen verschiedene Marktanalysen diesen Optimismus. 2024 habe der globale Landmaschinenmarkt einen Wert von 193 Milliarden Dollar gehabt. Die Prognosen gehen von einer Steigerung auf 207 Milliarden Dollar in diesem Jahr aus, und 2032 soll der Landmaschinenmarkt 344 Milliarden Dollar betragen. Der Grund: die Verfügbarkeit von Arbeitskräften werde weiter sinken und die Automatisierung in den Betrieben vorantreiben.

FORSCHUNG LIEGT BEI TRUMP NICHT IM TREND

Über viele Jahrzehnte standen Forschung und Innovation in den USA ganz oben auf der Prioritätenliste. Nicht so bei Donald Trump. Bislang kamen die Gelder für Agrarforschung – von verbessertem Saatgut bis zu technischen Innovationen bei Landmaschinen – zu 64 Prozent von der Regierung in Washington. Seit Trumps Amtsantritt hat die Regierung Forschungsgelder und Stipendien gestrichen, die finanzielle Unterstützung von Universitäten gekürzt, und zehntausenden

Forschungsvorhaben bleiben in der Schublade, und landesweit wurden und werden Universitätslabore geschlossen. Webseiten mit statistischen Daten, oft eine wesentliche Forschungsgrundlage, wurden aus dem Netz genommen oder können wegen Personalmangels nicht aktualisiert werden. Nicht einmal der nationale Wetterdienst, NOAA, blieb verschont: Bislang wurden mehr als 1.000 Mitarbeiter gefeuert. Mais jetzt pflanzen – oder auf besseres Wetter warten? Von NOAA können die Farmer keine Prognose mehr erwarten.



WIRTSCHAFT

AUSGABE

18/2025

Autor: Marianne Landzettel

Datum: 30.04.2025, 18:00 Uhr

Seite: 22



Anzeige

